

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des
Planungs- und Umweltausschusses
am Mittwoch, dem 23.10.2019
im Sitzungszimmer 2.5 / 2.6

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 20:22 Uhr

Anwesend:

Ratsfrau / Ratsherr

Frau Helga Bühse
Herr Thomas Krampfer
Frau Jeannie Kubon
Herr Jan Hinrich Köster
Herr Geoffrey Frederic Warlies
Herr Axel Westphal-Garken

Bürgerschaftsmitglieder

Herr Kurt Feldmann-Jäger
Herr Andreas Gärtner
Herr Thomas Michaelis
Herr Jörg Neumann
Herr Dr. Wolfgang Stein

Von der Verwaltung

Herr Thorsten Kubiak
Frau Ute Spieler
Frau Ute Obel
Herr Udo Wachholz
Herr Jan Duve (ab TOP 6.7)
Herr Bernd Heilmann
Frau Sabine Schilf (ab TOP 6.3)
Frau Uta Rautenstrauch
Herr Peter Omland
Frau Hilke Schulz, Protokollführerin

Außerdem anwesend

Ratsfrau Franka Dannheiser
Ratsherr Jürgen Joost
Herr Werner Didwischus
Herr Hans-Jürgen Gorba
Herr Hans Werner Pundt
Herr Rolf Schaks
Herr Christian Lipovsek, Holsteinischer Courier
Ca. 8 Zuhörer/Innen

Entschuldigt:

Beratendes Mitglied

Herr Bruno Narnbach

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Genehmigung der Tagesordnung der Sitzung am 23.10.2019
4.	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14.08.2019
5.	Einwohnerfragestunde
6.	Anträge und Anfragen
6.1.	Anfrage H. Michaelis zur Umsetzung des Antrages der CDU Rathausfraktion vom 15.05.2017 (0366/2013/An) zu Geschwindigkeitsanzeigen Vorlage: 0122/2018/An
6.2.	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Dreifeldsporthalle auf dem Sportgelände der AHS Einfeld Vorlage: 0117/2018/An
6.3.	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der LKR betr. Antrag "Masterplan Mobilität" Vorlage: 0123/2018/An
6.4.	Antrag der CDU Ratsfraktion betr. Erstellung des Entwurfs eines Mobilitätskonzeptes Vorlage: 0125/2018/An
6.5.	Antrag des Rats Herrn Joost, LKR, betr. Bürgerfreundliche Verwaltung Vorlage: 0127/2018/An
6.6.	Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 15.09.2019 - Verkehrssituation Hauptstraße / Hanssenstraße / Waldwiesenweg Vorlage: 0118/2018/An
6.7.	Antrag H. Warlies und Ratsfraktion Bündnis 90 Die Grünen - Fahrrad-Leasing-Modell Vorlage: 0128/2018/An
6.8.	Antrag SPD Rathausfraktion - Baumschutzsatzung Vorlage: 0129/2018/An
7.	Änderung der Straßenbaubeitragssatzung der Stadt vom 07.06.2012 - Beschluss der Ratsversammlung vom 03.09.2019 (Vorlage 0114/2018/An) Vorlage: 0401/2018/DS
8.	Ausbau Frankenstraße zwischen Boostedter Straße und Störstraße Vorlage: 0418/2018/DS

9.	Umsetzung des Innenstadtkonzeptes - Umsetzungsbericht Vorlage: 0407/2018/DS
10.	Stadtteilrahmenplanung: Öffentliche Planungswerkstatt / Beteiligungsveranstaltung im Zuge der Erstellung des Stadtteilrahmenplanes Brachenfeld-Ruthenberg Zugleich: Integriertes Stadtentwicklungskonzept: Einführung wiederkehrender ISEK-Beteiligungsveranstaltungen für Stadtteil- beiräte und Stadtteilöffentlichkeit - Pilotveranstaltung im Stadtteil Brachenfeld-Ruthenberg Vorlage: 0412/2018/DS
11.	Ausbau der öffentlichen E-Ladeinfrastruktur in Neumünster Vorlage: 0421/2018/DS
12.	Dringliche Vorlagen
13.	Mitteilungen
13.1.	Antrag zur Mitteilung Nr. 0133/2018/MV "Dioxinhaltiges Kieselrot auf den Sportplätzen Gartenstadtschule und Jugendspielplatz" der SPD-Rathaus- fraktion im Schul-, Kultur- und Sportausschuss am 23.05.2019 Vorlage: 0161/2018/MV
13.2.	Beschlusskontrolle - öffentlich - siehe Anlage - Vorlage: 0162/2018/MV
13.3.	Neuaufstellung der Regionalpläne - Sachstandsbericht Vorlage: 0164/2018/MV
13.4.	Seitenstreifen Großflecken Vorlage: 0165/2018/MV
13.5.	Widmungsverfahren von Grundstücksflächen für den öffentlichen Verkehr, Information über Regelungen des Straßen- und Wegegesetzes Vorlage: 0170/2018/MV

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Der Vorsitzende – Herr Krampfer – eröffnet die Sitzung um 17.30 Uhr und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Es wird beschlossen, die Tagesordnungspunkte 14. bis 17. unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten.

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass in der Sitzung am 14.08.2019 keine Beschlüsse unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefasst wurden.

3 .	Genehmigung der Tagesordnung der Sitzung am 23.10.2019
-----	--

Herr Krampfer weist darauf hin, dass nachfolgend genannte Unterlagen bzw. Anträge als Tischvorlage verteilt wurden:

Zu Tagesordnungspunkt 6.1

Mitteilungsvorlage-Nr. 0171/2018/MV (Anlage 1).

Zu Tagesordnungspunkt 6.4

Ergänzungsantrag der Ratsfraktion Bündnis für Bürger (Anlage 2).

Zu Tagesordnungspunkt 8

Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion (Anlage 3).

Herr Krampfer schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 6.3 und 6.4 gemeinsam zu beraten.

Die Tagesordnung wird sodann einstimmig angenommen, wobei die Tagesordnungspunkte 14. bis 17. unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten werden sollen.

4 .	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14.08.2019
-----	---

Die Niederschrift wird in der vorgelegten Fassung einstimmig angenommen.

5 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

6 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

6.1 .	Anfrage H. Michaelis zur Umsetzung des Antrages der CDU Rathausfraktion vom 15.05.2017 (0366/2013/An) zu Geschwindigkeitsanzeigen Vorlage: 0122/2018/An
-------	--

Vor Beginn der Sitzung wurde die Mitteilungsvorlage Nr. 0171/2018/MV an alle Ausschussmitglieder verteilt (Anlage 1).

Herr Michaelis erhält die Gelegenheit, seine Anfrage zu erläutern.

Sowohl Herr Stadtbaurat Kubiak als auch Herr Wachholz werben für die Anschaffung weiterer *mobiler* Geschwindigkeitsanzeigen, die erfahrungsgemäß zur stärkeren Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmer und somit zu erhöhter Verkehrssicherheit führen. Mögliche ortsfeste Standorte sollten aber zukünftig auch im Planungs- und Umweltausschuss vorgeschlagen werden.

Dr. Stein bekundet Interesse an der Auswertung der Messergebnisse der mobilen Geräte und jährlicher Vorstellung im Planungs- und Umweltausschuss.

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

6.2 .	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Dreifeldsporthalle auf dem Sportgelände der AHS Einfeld Vorlage: 0117/2018/An
-------	--

Frau Bühse erläutert den Antrag unter Hinweis darauf, dass die Ziffer 4. nicht mehr aktuell und daher zu streichen ist.

Herr Westphal-Garken verweist auf den Beschluss der Ratsversammlung vom 03.07.2018, wonach die Verwaltung beauftragt wurde, die Möglichkeit der Errichtung einer Sporthalle mit einer Tribüne und einer Kapazität von 800 – 1.000 Zuschauern als Ersatz für die KSV-Halle an geeigneter Stelle zu prüfen.

Der Antrag der CDU-Ratsfraktion ignoriere diesen Beschluss und könne daher keine Zustimmung erfahren.

Herr Stadtbaurat Kubiak informiert über die Erstellung der Vorlage der Fachdienste -40- und -61- zu möglichen Standorten, welche gerade für die kommenden Sitzungen, also auch des Planungs- und Umweltausschusses am 27.11.2019, angefertigt werde.

Anschließend lässt Herr Krampfer über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

1. Die neue Dreifeldsporthalle wird auf dem Sportgelände der AHS in Einfeld gebaut.
2. Der Tribünenbereich soll für ca. 1.000 Zuschauer ausreichen.
3. Die Verwaltung führt unverzüglich für die Planung der Halle eine beschränkte Ausschreibung durch. Es sei denn, die Planung eines entsprechenden Gebäudes ist schon durch die Verwaltung erfolgt.
- ~~4. Angegliedert an die Halle wird ein neues Vereinsheim mit Gastronomie für den TS Einfeld mit geplant und gebaut.~~
5. Die neue Halle ist der Ersatz für die KSV-Halle.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 7
Enthaltung: ---

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

6.3 .	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der LKR betr. Antrag "Masterplan Mobilität" Vorlage: 0123/2018/An
-------	--

Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 6.4 beraten (s. Tagesordnungspunkt 3.).

Es wurde ein Ergänzungsantrag der Ratsfraktion Bündnis für Bürger als Tischvorlage verteilt (Anlage 2).

Ratsherr Joost bringt den Antrag ein und begründet diesen. Er weist insbesondere auf die Vermeidung eines Stillstandes für das Radverkehrskonzept hin.

Herr Michaelis erkundigt sich nach der aktuellen Zeitachse zur Überarbeitung des Radverkehrskonzeptes.

Da beide Anträge inhaltlich eng beieinander liegen, wird die Vorlage 0123/2018/An unter II. Teilkonzept Radverkehr (Radverkehrskonzept), Ziffer 3. Satz 1 einvernehmlich wie folgt geändert:

„Das Radverkehrskonzept ist als Teilkonzept des Masterplanes Mobilität der Ratsversammlung spätestens zur 2. Sitzung 2020 vorzulegen, anschließend ist die Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.“

Anschließend erhält Herr Gärtner Gelegenheit, den Ergänzungsantrag der Ratsfraktion Bündnis für Bürger vorzustellen.

Nach kurzer Diskussion hinsichtlich der Umsetzbarkeit des Antrages und im Hinblick auf die in der Vorlage 0123/2018/An enthaltene ausdrücklich geforderte Berücksichtigung der Sicherheitsbelange von Fußgängern und Radfahrern (I. Ziffer 3.) zieht Herr Gärtner den Ergänzungsantrag zurück.

Auch Frau Bühse zieht aufgrund der einvernehmlichen Änderung der Vorlage 0123/2018/An den Antrag der CDU-Ratsfraktion zurück.

Anschließend wird die geänderte Vorlage einstimmig beschlossen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Mitgliedern der Ratsversammlung bis spätestens zur letzten Ratssitzung 2020 den Entwurf des Masterplanes Mobilität (Mobilitätskonzept) für das Stadtgebiet Neumünster vorzulegen. Anschließend ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Die abschließende Befassung der Ratsversammlung soll im zweiten Halbjahr 2021 erfolgen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Ratsversammlung darzulegen, ob und ggf. in welchem Umfang es erforderlich ist, externe Berater hinzuzuziehen, um diesen Beschluss fristgerecht umzusetzen. Auch die dafür anfallenden Kosten sind zu nennen und die Gremienbeschlüsse herbeizuführen, um ggf. Finanzierung und Vergabe in die Wege zu leiten.
3. Das Mobilitätskonzept soll alle wesentlichen Verkehrsmittel (Pkw, Lkw, ÖPNV, Fahrrad und ggf. weitere) sowie insbesondere die Sicherheitsbelange von Fußgängern und Radfahrern berücksichtigen.
4. Da das Mobilitätskonzept langfristig ausgerichtet sein soll, sind die durch die Klimaschutzpolitik zu erwartenden Veränderungen der Antriebsarten (Wasserstoff- / Brennstoffzellenbetrieb, Batteriebetrieb, Betrieb mit synthetischen Kraftstoffen) zu berücksichtigen und die dafür erforderliche leistungsfähige Infrastruktur sicherzustellen.
5. Als Ziele des Mobilitätskonzeptes sind – analog zu den auf Neumünster übertragbaren Zielvorgaben des Masterplans Mobilität der Kiel-Region – folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:
 - Klima- und umweltfreundliche Mobilität
 - Nahmobilität und neue Mobilitätskultur
 - Attraktive Wirtschafts- und Tourismusregion
 - Starker Mobilitätsverbund
 - Hohe Lebensqualität
 - Integrierte und kooperative Planung.
6. Im Rahmen der Erstellung des Mobilitätskonzeptes können bestehende Beschlüsse und Festlegungen neu bewertet werden. Ein Baustopp oder Planungsstopp für bereits beschlossene Maßnahmen erfolgt jedoch ausdrücklich nicht.

II. Teilkonzept Radverkehr (Radverkehrskonzept)

1. 2013 hat die Ratsversammlung Neumünster zur „Fahrradstadt“ erklärt. Die Vorlage des separaten Radverkehrskonzeptes als Teilkonzept des Masterplanes Mobilität hat sich seitens der Verwaltung immer weiter verzögert. Die jetzt beauftragte Erstellung des gesamten Masterplans Mobilität darf nicht zu Verzögerungen hinsichtlich der Verbesserung der Situation für Radfahrer führen.

2. Deshalb sind die Sanierung bestehender Fahrradwege und die Aufstellung von Fahrradständern unabhängig vom Mobilitätskonzept unverzüglich in Angriff zu nehmen. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der bislang erfolgten Vorarbeiten für das Radverkehrskonzept alle erforderlichen Sanierungsmaßnahmen herauszuziehen, unverzüglich dem Planungs- und Umweltausschuss sowie der Ratsversammlung mit den entsprechenden Kostenschätzungen zur Priorisierung vorzulegen sowie entsprechend der Priorisierung im Rahmen der bereitgestellten Haushaltsmittel umzusetzen.
3. Das Radverkehrskonzept ist als Teilkonzept des Masterplanes Mobilität der Ratsversammlung spätestens zur 2. Sitzung 2020 vorzulegen, anschließend ist die Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind so zu kategorisieren, dass erkennbar ist, ob sie ggf. mit den Belangen anderer Verkehrsteilnehmer kollidieren und eine Abwägung innerhalb des Mobilitätskonzeptes erforderlich ist oder nicht. Alle Teile des Radverkehrskonzeptes, für die keine Abwägung erforderlich ist, sind nach erfolgter Öffentlichkeitsbeteiligung im zweiten Halbjahr 2020 der Ratsversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Für den Fall, dass im Rahmen der vorgegebenen Frist kein beratungsfähiger Entwurf für das gesamte Mobilitätskonzept vorliegt, ist der Ratsversammlung nach vorheriger Beteiligung der Öffentlichkeit das vollständige Fahrradkonzept zur letzten Ratssitzung 2020 zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen. Die Beschlüsse sind dann vollumfänglich in den Masterplan als Teilkonzept Radverkehr einzuarbeiten.

III. Zusätzliche Formen der Bürgerbeteiligung

1. Für die Beratung des Masterplanes Mobilität sind über die Öffentlichkeitsbeteiligung in den Stadtteilbeiräten sowie einer Bürgeranhörung hinaus besondere Formen der Bürgerbeteiligung zu erproben.
2. So soll den Einwohnern als Betroffene ebenso wie ortsansässigen Verbänden, Einrichtungen und Initiativen von vornherein die Möglichkeit gegeben werden, Anregungen aller Art und Kritikpunkte an bestehenden Verkehrsverhältnissen schriftlich – auch online - einzubringen. Ziel ist es, den Planern wie auch den Mitgliedern der Ratsversammlung Hinweise frühzeitig geben zu können, so dass diese bei entsprechender Plausibilität bereits in der Planungsphase berücksichtigt sowie von der Selbstverwaltung bewertet werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

6.4 .	Antrag der CDU Ratsfraktion betr. Erstellung des Entwurfs eines Mobilitätskonzeptes Vorlage: 0125/2018/An
-------	--

Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 6.3 beraten (siehe Tagesordnungspunkt 3.).

Frau Bühse zieht den Antrag im Rahmen der gemeinsamen Beratung zurück (siehe Tagesordnungspunkt 6.3).

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

6.5 .	Antrag des Rats Herrn Joost, LKR, betr. Bürgerfreundliche Verwaltung Vorlage: 0127/2018/An
-------	---

Nach Aufruf der Vorlage erhält Rats Herr Joost die Gelegenheit, den Antrag zu erläutern. Er begründet die gewünschte Vorberatung im Planungs- und Umweltausschuss mit der erforderlichen Erstellung eines Raumkonzeptes für ein Dienstleistungszentrum.

Die Ausschussmitglieder sehen einvernehmlich keine Zuständigkeit des Planungs- und Umweltausschusses bzw. keinen Beratungsbedarf und beschließen folglich lediglich die Kenntnisnahme der Vorlage.

Beschluss:

Kenntnisnahme

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

6.6 .	Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 15.09.2019 - Verkehrssituation Hauptstraße / Hanssenstraße / Waldwiesenweg Vorlage: 0118/2018/An
-------	---

Frau Bühse erläutert den Antrag und verdeutlicht die Notwendigkeit der gewünschten Überplanung. Herr Feldmann-Jäger regt die Behandlung der Angelegenheit im Rahmen eines Runden Tisches an.

Herr Krampfer lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die unterschiedlichen Ansprüche der Verkehrsteilnehmer im Bereich der Hauptstraße zwischen Hanssenstraße und dem Waldwiesenweg besser zu koordinieren.

Der Kurvenbereich in der Hauptstraße stadtauswärts, nach der Aufhebung der 30 km Beschränkung, ist für Pkw-Fahrer schwer einsehbar. Die gleiche Situation besteht in der Kurve vor der Einmündung des Waldwiesenweges.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

6.7 .	Antrag H. Warlies und Ratsfraktion Bündnis 90 Die Grünen - Fahrrad-Leasing-Modell Vorlage: 0128/2018/An
-------	--

Herr Warlies bringt den Antrag ein, der eine gute Ergänzung zum Radverkehrskonzept darstellt und besonders für die kostenintensivere Anschaffung von E-Bikes geeignet ist.

Herr Omland berichtet von einer Vielzahl von Anfragen aus den Reihen der Mitarbeiter und bringt das Interesse des Personalrates an einer entsprechenden Dienstvereinbarung zum Ausdruck.

Auf den derzeit gültigen TVöD wurde hingewiesen.

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Planungs- und Umweltausschuss bittet die Verwaltung zu prüfen, ob und wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung ein Fahrrad-Leasing-Modell angeboten werden kann. Ziel dieser Maßnahme soll es sein, das Fahrrad verstärkt außer für Dienstfahrten auch für den Weg zu und von der Arbeit sowie für private Fahrten zu nutzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

6.8 .	Antrag SPD Rathausfraktion - Baumschutzsatzung Vorlage: 0129/2018/An
-------	---

Herr Westphal-Garken erläutert den Antrag unter Hinweis auf die Bedeutung des Großgrüns nicht zuletzt für das Stadtklima und das Stadtbild.

Herr Stadtbaurat Kubiak und Frau Obel erläutern die Erhöhung der Verbindlichkeit eines geregelten Genehmigungsverfahrens für die Bürger durch eine aktualisierte Baumschutzsatzung.

Nach kurzer, kontrovers geführter Diskussion lässt Herr Krampfer über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des § 29 BNatSchG i. V. m. § 19 LNatSchG S-H eine Baumschutzsatzung unter Einbeziehung und weitreichender Fortentwicklung der Satzung vom 08.12.1992 der Ratsversammlung zu einer Befassung vorzulegen.
2. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, organisatorische und fachliche Voraussetzungen zu definieren, um der zu beschließenden Satzung einen größtmöglichen Durchsetzungscharakter zu verleihen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 6
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

Damit ist der Antrag abgelehnt.

7 .	Änderung der Straßenbaubeitragsatzung der Stadt vom 07.06.2012 - Beschluss der Ratsversammlung vom 03.09.2019 (Vorlage 0114/2018/An) Vorlage: 0401/2018/DS
-----	--

Herr Dr. Stein begrüßt die Umsetzung / Anpassung der Formulierung aus dem KAG; der Ausschuss stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Beschluss:

1. Der beigefügten 1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Neumünster über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, den Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen (Straßenbaubeitragsatzung) von 2012 wird zugestimmt.
2. Die weiteren Ausführungen im Hinblick auf den Beschluss der Ratsversammlung vom 03.09.2019 (Vorlage 0114/2018/An) werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

8 .	Ausbau Frankenstraße zwischen Boostedter Straße und Störstraße Vorlage: 0418/2018/DS
-----	---

Frau Bühse stellt ihren Änderungsantrag vor und begründet ihn damit, dass die in der Vorlage enthaltenen Varianten nicht zufriedenstellend seien.

Frau Kubon und Herr Westphal-Garken widersprechen dem und plädieren für die Ausbau-Variante C.

Herr Gorba mahnt an, dem Wunsch der Anlieger und des Stadtteilbeirates nach einem Vollausbau entsprechend der Variante A zu folgen.

Herr Gärtner weist auf die eindeutigen Nachteile der Ausbau-Variante C hin und unterstützt den Willen der Anlieger.

Herr Gorba bringt die Unzufriedenheit der Anwohner und des Stadtteilbeirates über den Umgang mit den durch die Baumwurzeln verursachten Schäden an den Häusern zum Ausdruck.

Herr Stadtbaurat Kubiak erklärt, dass diese privatrechtliche Angelegenheit zwischen den Grundstückseigentümern und der Stadt unabhängig von der Entscheidung über den Ausbau betrachtet werden sollte. In allen Ausbauvarianten ist für die ohnehin nicht mehr stark wurzelnden Bäume an der Grenze des öffentlichen Raums ein Wurzelschutz vorgesehen.

Herr Krampfer stellt den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion zur Abstimmung.

1. Die Schäden, die die Baumwurzeln sowohl an den Fundamenten der angrenzenden Gebäude als auch im Gehwegbereich verursacht haben, werden ermittelt und behoben.
2. Die entsprechenden Straßenbereiche werden in einen Zustand versetzt, der gewährleistet, dass zukünftig keine neuen Wurzelschäden mehr auftreten können. Der Belag des nördlichen Gehweges muss insgesamt neu verlegt werden.
3. Der 1. Baum an der Kreuzung Boostedter Straße ist zu fällen und durch eine Neupflanzung zu ersetzen.
4. Den zuständigen städtischen Gremien ist bis zur 1. Sitzung 2020 darüber zu berichten, welche Gebäudeschäden an den Fundamenten entstanden sind, welche Kosten für die Beseitigung anfallen und wann die Schäden behoben werden. Darüber hinaus sind für die oben beschriebenen Maßnahmen die Gesamtkosten zu ermitteln.
5. Die Frankenstraße wird nicht im Vollausbau saniert. Durch Asphalterneuerungen ist die Straße in einem zufriedenstellenden Zustand. Es wird erwartet, dass zukünftig Straßenschäden so bald als möglich beseitigt werden.
6. Die Durchfahrt für Lkw Fahrzeuge bleibt auch weiterhin untersagt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 5
Enthaltung: 0

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Anschließend wird über die geänderte Fassung der Vorlage abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 5
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

9 .	Umsetzung des Innenstadtkonzeptes - Umsetzungsbericht Vorlage: 0407/2018/DS
-----	---

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Umsetzungsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

10 .	Stadtteilrahmenplanung: Öffentliche Planungswerkstatt / Beteiligungsveranstaltung im Zuge der Erstellung des Stadtteilrahmenplanes Brachenfeld-Ruthenberg Zugleich: Integriertes Stadtentwicklungskonzept: Einführung wiederkehrender ISEK-Beteiligungsveranstaltungen für Stadtteil- beiräte und Stadtteilöffentlichkeit - Pilotveranstaltung im Stadtteil Brachenfeld-Ruthenberg Vorlage: 0412/2018/DS
------	---

Herr Stadtbaurat Kubiak und Frau Rautenstrauch beantworten Fragen der Ausschussmitglieder und weisen darauf hin, dass Anregungen aus der Beteiligungsveranstaltung als Einwendungen in das Verfahren aufgenommen werden.

Herr Krampfer lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Dem Veranstaltungskonzept wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

11 .	Ausbau der öffentlichen E-Ladeinfrastruktur in Neumünster Vorlage: 0421/2018/DS
------	--

Herr Michaelis äußert sich über den Ausstieg der SWN aus dem weiteren Ausbau der E-Ladeinfrastruktur und hinterfragt kritisch die Vorlage.

Frau Obel ist diese Entscheidung der SWN nicht bekannt. Sie erklärt den geplanten Ausbau mit der unterstützenden, nachhaltigen Versorgung der Einwohner und Besucher. Zudem würde das innovative Image der Stadt Neumünster gefördert werden. Anregungen für mögliche Standorte können gerne erfolgen, bislang sei bei der Auswahl u. a. die Länge der Aufenthaltsdauer bedeutsam gewesen.

Herr Krampfer lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die Ratsversammlung nimmt den Sachstand zur Kenntnis.
2. Die Ratsversammlung beschließt die schrittweise Errichtung von sechs Ladesäulen für Elektroautos im öffentlichen Raum durch ein Contracting-Modell. Der Ausbau erfolgt wie folgt:
 - Errichtung von 2 Ladesäulen 2020.
 - Errichtung von 4 weiteren Ladesäulen 2021.
 - Laufzeit des Contractings: 5 Jahre pro Ladesäule.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

12 .	Dringliche Vorlagen
------	---------------------

Es liegen keine dringlichen Vorlagen vor.

13 .	Mitteilungen
------	--------------

Herr Kubiak informiert mündlich über folgende Sachverhalte:

- Bitte des Stadtbaurates, sich auf die Kernaufgaben (Bau- und Planungsbereich) konzentrieren zu dürfen; Organisationsverfügung vom 26.09.2019, wonach der Fachdienst -32- aus dem Leitungsbereich des Sachgebietes IV ausscheidet (interimsweise Zuordnung des Fachdienstes -32- zum Sachgebiet I).
- Änderungen der Vergaberichtlinien zur Beauftragung privater Planungsbüros (s. Anlage 4).
- Antragstellung zur Installation einer Bike & Flash-Anlage als Verkehrsversuch.

13.1 .	Antrag zur Mitteilung Nr. 0133/2018/MV "Dioxinhaltiges Kieselrot auf den Sportplätzen Gartenstadtschule und Jugendspielplatz" der SPD-Rathausfraktion im Schul-, Kultur- und Sportausschuss am 23.05.2019 Vorlage: 0161/2018/MV
--------	--

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Kenntnisnahme

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

13.2 .	Beschlusskontrolle - öffentlich - siehe Anlage - Vorlage: 0162/2018/MV
--------	---

Kritische Nachfrage von Herrn Michaelis zum Thema Hotelstandort am Einfelder See sowie Fragen weiterer Ausschussmitglieder zum Handyparken, zweite Erschließung des Hauptbahnhofes und Kreisverkehr Boostedter Straße werden von Herrn Stadtbaurat Kubiak und Herrn Heilmann beantwortet.

Beschluss:

Kenntnisnahme

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

13.3 .	Neuaufstellung der Regionalpläne - Sachstandsbericht Vorlage: 0164/2018/MV
--------	--

Beschluss:

Kenntnisnahme

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

13.4 .	Seitenstreifen Großflecken Vorlage: 0165/2018/MV
--------	---

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Kenntnisnahme

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

13.5 .	Widmungsverfahren von Grundstücksflächen für den öffentlichen Verkehr, Information über Regelungen des Straßen- und Wegegesetzes Vorlage: 0170/2018/MV
--------	--

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Kenntnisnahme

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

gez. Thomas Krampfer
(Ausschussvorsitzender)

gez. Hilke Schulz
(Protokollführerin)